Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 1 Mk., Reklamezeile 3.00 Mk.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10. bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 12.00 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 12,75 Mk. durch die Post Briefträger 12,75 Mk. Einzel-Nummer 30 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 22 | Dienstag, den 21. Februar 1922. | 61. Jahrgang

Deutschlands „Reichtümer".

Deutschlands jährliche Ausfuhr nach dem Ausland beträgt zurzeit nur noch 4 Milliarden Goldmark, gegenüber 10 Milliarden Goldmark vor dem Kriege. Da also unsere Ausfuhr stark zurückgegangen ist, andererseits bei uns aber fleißig produziert wird, so daß eine Arbeitslosigkeit zurzeit unbekannt ist, fragt das Ausland: wo bleiben denn diese so erzeugten Waren? Werden sie nicht im Inland aufgestapelt, und werden so nicht wieder neue innere Reichtümer geschaffen? Demgegenüber hat in Cannes Dr. W. Rathenau den Obersten Rat darauf verwiesen, daß die durch die Bestimmungen von Versailles herbeigeführten Veränderungen seiner wirtschaftlichen Grundlage heute Deutschland zwingen, vier Millionen Menschen nur an der Hervorbringung von Gütern arbeiten zu lassen, die uns früher als Leistung aus Kapital und Ersparnis ohne diesen Arbeitsaufwand zuströmten. Das zeigte Rathenau im einzelnen an nachstehenden 5 Punkten:

1. Die Einkünfte aus Kapitalanlage im Auslande wurden früher bezahlt in Waren, die somit einen fortlaufenden Tribut an Gütern bedeuteten, der in breitem Strome uns zufloß. Schon um diese Güter, vor allem Rohstoffe, zu erhalten, die wir früher als laufenden Ertrag erhielten, müssen wir jetzt arbeiten und Arbeitsstunden aufwenden. Dieser Arbeitsstundenaufwand läßt sich auf 3,75 Milliarden jährlich schätzen.

2. Aus dem Verlust an Gebieten ergibt sich ein Verlust an Ersparnissen, der sich in einem Mehraufwand von einer Milliarde Arbeitsstunden ausdrückt.

3. Man schätzt auf Grund der Tatsache, daß für die Rohstoffe, die wir einst in unsern Grenzen hatten, und die wir jetzt mit der Ausfuhr oder Arbeit bezahlen müssen, den dadurch herbeigeführten Aufwand auf 0,83 Milliarden.

4. Aus der ungünstigen landwirtschaftlichen Flächengestaltung und der Verschlechterung des Düngemittelbezugs ergibt sich ein weiterer Mehraufwand von 1,82 Milliarden Arbeitsstunden.

5. Der Gegenwert der verlorenen Dienstleistungen (Schiffahrt, Außenhandel und Auslandbankverkehr) dürfte 1,66 Milliarden Arbeitsstunden betragen.

Weil aus den vorgenannten Hilfsquellen der Ertrag uns heute nicht mehr zufließt, müssen, so folgert Rathenau, fast ein Fünftel der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung Deutschlands, mehr als vier Millionen Menschen, Arbeit leisten, die früher nicht notwendig war. „Wenn also," so schloß dann Rathenau weiter, „bei anderen Nationen eine Arbeitslosigkeit erscheint, die bei uns nicht sichtbar ist, so möchte ich im Gegensatz dazu von einer unsichtbaren Arbeitslosigkeit sprechen, die darin besteht, daß 4 Millionen Menschen Arbeit leisten müssen, die früher nicht nötig war, und die das Arbeitsergebnis gegen früher nicht verbessert. Und zwar dies vor irgendeiner Zahlung von Wiederherstellungen. Von einer Aufspeicherung von Reichtümern kann mithin nicht die Rede sein."

Wenn aber so zu seiner eigenen Lebensfristung das deutsche Volk weit mehr arbeiten muß als früher, so muß die Reparationsleistung für das Ausland es um so härter treffen. Auch daraus ergibt sich die ganze Schwere der Last, die uns durch das Diktat von Versailles unter Verkennung der Gebote der wirtschaftlichen Vernunft aufgebürdet worden ist. Sp. K.

Neue Sanktionsdrohungen.

Drohrede Poincarés wegen der Petersdorfer Zwischenfälle.

In der französischen Kammer hatte man in diesen Tagen einmal wieder das böse Deutschland kräftig am Wickel. Poincaré und seine Freunde zeigten sich einmal wieder so recht in ihrer ganzen „Größe" und tobten sich nach Herzenslust in Beschimpfungen und Verdächtigungen Deutschlands und in Gewaltdrohungen aus.

Anlaß gaben hierzu zunächst die Vorfälle in Petersdorf in Oberschlesien, bei denen „harmlose" französische Alpenjäger", die bekanntlich kein Wässerchen zu trüben imstande sind, von „bis an die Zähne bewaffneten deutschen Banden überfallen" wurden, wobei zwei der braven Franzosen ihr Leben lassen mußten. Warum es zu diesem Zwischenfall kam, daß die Franzosen die oberschlesische Bevölkerung, die sich doch wahrlich mehr als zuviel gefallen lassen muß, auf das blutigste gereizt und schikaniert hatten und daß von den Oberschlesiern, die sich gegen die Franzosen gewehrt hatten, mehrere getötet und eine ganze Anzahl verwundet wurden, davon spricht natürlich kein Franzose. Auch nicht der Abg. Bouteille — Bouteille heißt Flasche, Herr Bouteille scheint tatsächlich vor seiner Rede zu tief in die „Bouteille" geschaut zu haben — der über die Petersdorfer Zwischenfälle eine Interpellation in der Kammer einbrachte, in der er schärfste Sanktionen gegen Deutschland wegen des „Verbrechens" von Petersdorf forderte.

Herr Poincaré antwortete sofort und gab Herrn Bouteille in allem recht. Die armen Franzosen haben nach seiner Darstellung eine wahre Leidenszeit in Oberschlesien durchgemacht, und es ist überhaupt ein Wunder, daß sie nicht schon bis auf den letzten Mann von den „Boches" umgebracht worden sind. Die Oberschlesier selbst seien eigentlich gar nicht so schlimm, aber aus dem Reiche, besonders von der bösen deutschen Großindustrie würden sie beständig zu neuen Attentaten aufgeputscht und mit Geld und Waffen versehen. Die Reichsregierung stecke mit ihnen unter einer Decke, es sei also kein Wunder, daß ihre Untersuchung ein negatives Ergebnis hatte. Aber Le Rond ist auf der Hut. Seine Untersuchung geht weiter, und wenn er dann die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung festgestellt haben werde, werde der Botschafterrat

die notwendigen Sanktionen vorschlagen.

Die Kammer hatte daraufhin nichts Eiligeres zu tun, als Herrn Poincaré einstimmig ein von ihm gar nicht gefordertes Vertrauensvotum zu bewilligen.

Dann ging man zur Beratung des Sonderetats für die Wiederaufbau-Ausgaben über, wo man weiter Gelegenheit fand, auf die bösen Deutschen loszuschlagen. Alle die uralten, längst widerlegten Ammenmärchen wurden hier neu aufgewärmt. Der Abg. Desjardin sprach von der großen wirtschaftlichen Blüte Deutschlands und der Abg. Landry erzählte, daß Deutschland viel mehr Steuern aufbringen könne, wenn es wolle. Die Steuerreform in Deutschland sei ungenügend. Wenn Deutschland die gleichen Anstrengungen gemacht hätte wie Frankreich, so wäre die Reparationsfrage längst gelöst (!). Er glaube, man könne schon aus dem jetzigen deutschen Budget fünfzehn Milliarden Franken verfügbar machen, wenn man nur wolle (!). In diesem Sinne bewegte sich die Debatte weiter, Poincaré griff wiederholt ein, um mit Drohungen von energischem Vorgehen gegen Deutschland noch mehr Oel in die Flammen der Erregung zu gießen.

Deutsches Reich.

20. Februar 1922.

° **Die vierte Rate bezahlt.** Die am 18. Februar nach den Beschlüssen von Cannes fällige vierte Rate von 31 Goldmark ist der Reparationskommission in ausländischen Devisen pünktlich gezahlt worden.

° **U. S. P. und „Leviten".** Zwischen den Vorständen der U. S. P. und der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft haben Einigungsverhandlungen begonnen. Bei der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft handelt es sich bekanntlich um Kommunistenführer, die als zu „revisionistisch" nach und nach aus der kommunistischen Partei mehr oder weniger freiwillig ausgeschieden waren. Ihre Gruppe war im Reichstag allmählich zur Fraktionsstärke angewachsen, während die „echten" Moskowiter so weit zusammenschmolzen, daß sie nicht mehr eine Fraktion bilden konnten. Mit Ausnahme ihres Führers Dr. Levi, nach dem man sie oft scherzweise „Leviten" nennt, waren die Mitglieder der K. A. G. vor dem Halleschen Parteitag fast durchweg Mitglieder der U. S. P., in deren Arme jetzt die Adolf Hoffmann, Geyer, Vater und Sohn usw. reumütig zurückkehren wollen.

° **Vor einer neuen Eisenbahntariferhöhung.** Berliner Blätter bringen eine bisher unbestätigte Nachricht, daß wahrscheinlich am 1. Mai d. Js. mit einer weiteren Erhöhung der Personentarife auf der Eisenbahn zu rechnen sei. Die Preiserhöhung soll 25 Prozent betragen. Entschlüsse lägen allerdings noch nicht vor. Zwar pflegen solche Nachrichten sofort nach ihrem ersten Auftauchen prompt dementiert zu werden, später hat sich bisher dann doch ihre Wahrheit herausgestellt. Hoffentlich geht es bei dieser Meldung nicht so, sondern möge sie sich als ein blinder Schreckschuß herausstellen.

° **Reichsgewerkschaft und Eisenbahner-Maßregelungen.** Der Gesamtvorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter hat sich in einer zweitägigen Sitzung in Berlin mit den Eisenbahnermaßregelungen befaßt. Nach teilweise sehr heftiger Debatte, in der die Gegensätze scharf aufeinanderprallten, wurde festgestellt, daß alle Delegierten einmütig der Meinung waren, daß die Streikmaßregelungen im Widerspruch stehen zu der Versprechungen, die der Reichskanzler Vertretern der Reichsgewerkschaft gegeben hat. Eine zur Klärung der Sachlage entsandte Abordnung wurde vom Reichskanzler im Kanzlerzimmer des Reichstages empfangen und erhielt Zusicherungen, die der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft für ausreichend erachtete, um weiter beruhigend auf die Mitgliedschaft wirken zu können. Der Vorstand betrachtet die Aktion jedoch erst dann als abgeschlossen, wenn die Frage der Maßregelungen endgültig befriedigend gelöst sein wird. Die Besprechung mit dem Kanzler sowie die an den Bericht in der Vorstandssitzung sich anschließende Aussprache waren vertraulich. Das Gerücht von der Gefahr eines neuen Streiks ist unzutreffend. —

Der Reichsfinanzminister hat seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Vorarbeiten für die Revision des Besoldungsgesetzes so zu fördern, daß die neuen Bestimmungen am 1. April 1922 in Kraft treten können.

Weitere unberechtigte Heraufsetzung der Zuckerpreise?

Berlin, 19. Februar. Wie aus einer Reichstagsanfrage hervorgeht, besaßt sich die Zuckerwirtschaftsstelle augenblicklich schon wieder mit einer weiteren Erhöhung der Zuckerpreise, welche 1,50 M. pro Pfund betragen soll. Dieser Preis würde eine Steigerung von 100 Prozent gegenüber dem November- und Dezemberpreis von 1921 bedeuten, trotzdem die gesamten Zuckerquantitäten damals schon hergestellt waren und seit Januar bei den Fabriken lagern

Die Ueberteuerungszuschüsse der Beamten.

Berlin, 19. Februar. Amtlich wird mitgeteilt, die Bemessung der Wirtschaftsbeihilfen sei in Anlehnung an die den Arbeitern gewährten Ueberteuerungszuschüsse derart gedacht, daß für je 10 Pf. Ueberteuerungszuschuß eine jährliche Wirtschaftsbeihilfe von 250 Mark gegeben werde. Beispielsweise würde somit die Wirtschaftsbeihilfe in einem Orte, an dem die Arbeiter einen Ueberteuerungszuschuß von einer Mark pro Stunde erhalten, auf 10 mal 250 M., also 2500 M. bemessen werden.

Noch keine Beschlüsse der Reparationskommission.

Paris, 19. Februar. Den Meldungen einer Anzahl Pariser Blätter über angebliche Pläne und Besprechungen der Reparationskommission in der Frage der deutschen Zahlungen für 1921 gegenüber veröffentlicht die Kommission eine Mitteilung, in der sie betont. Seit die Kommission durch ihren Brief vom 30. Januar bei den Regierungen angefragt hat, ob die Frage der Zahlungen im Jahre 1922 von ihnen oder von der Kommission geregelt werden solle, hat sie zu keiner Zeit amtlich noch halbamtlich die Maßnahmen erörtert, die sie in letzterem Falle zu ergreifen hätte.

Eine bevorstehende allgemeine Amnestie.

Berlin, 19. Februar. Die Meldung, daß im Reichsjustizministerium der Entwurf eines Amnestiegesetzes für politische Vergehen ausgearbeitet werde, bestätigt sich. Es handelt sich um den Plan, hochverräterische Unternehmungen und im Zusammenhang mit solchen stehende Handlungen, soweit sie nach dem 4. August 1920, dem Tage des früheren Amnestiegesetzes begangen sind, straffrei zu lassen. Die Amnestie soll lediglich solche Straftaten umfassen, die zur Zuständigkeit von reichsgerichtlich eingesetzten Behörden gehören, die also von den Ausnahmegerichten oder vom Reichsgericht abgeurteilt sind oder bei letzterem noch schweben. Ein Eingriff in die Landesjustiz soll vermieden werden. Ausgenommen von der allgemeinen Amnestie sollen alle gemeinen Verbrechen sein.

Ein Dementi, das keines ist.

Berlin, 19. Februar. Zu der Meldung, daß zum 1. Mai d. J. mit einer weiteren Erhöhung der Personentarife der Eisenbahnen um mindestens 25 Proz. zu rechnen sei, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß „im Augenblick irgendwelche Beratungen über eine weitere Erhöhung der Personentarife nicht stattfänden". — Man kann von dieser sehr vorsichtigen Erklärung nicht sagen, daß sie irgendwie beruhigen kann.

° **Berlin.** Die schwebende Schuld des Reiches hat sich in der Zeit vom 1. bis 10. Februar weiter um 3,4 Milliarden erhöht.

° **Berlin.** Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstag nunmehr den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung zugehen lassen. In entscheidenden Punkten wird die Regierungsvorlage gegenüber den abweichenden Beschlüssen des Reichsrats aufrechterhalten.

° **Berlin.** Das Zollaufgeld, das bisher 3900 Proz. betrug, wird mit Wirkung vom 1. März d. J. ab bis auf weiteres auf 4400 Prozent erhöht.

° **Dresden.** Anläßlich des Besuches der Leipziger Messe, der voraussichtlich am 7. März stattfindet, wird der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld auch mit Ministerpräsident Buck in Dresden eine Besprechung haben.

Auslands-Rundschau.

Oesterreich unter Genferkontrolle. Oesterreich hat jetzt die so lange erwarteten Kredite von den Ententestaaten erhalten, d. h., das Geld ist bewilligt, aber es ist noch nicht da. England gibt zwei Millionen Pfund, die dieser Tage eintreffen werden. Am 1. Juli will Italien 70 Millionen Lire zu dem Kredit beitragen und Frankreich will sich mit 55 Millionen Franken beteiligen, auch die Tschecho-Slowakei beteiligt sich. Alle diese Summen sind in Wahrheit aber nicht mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Für diese „großzügige Kreditbilfe" muß Oesterreich fast seine ganze Finanzhoheit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119220221-15/fragment/page=0001

opfern, denn Kommissare der Gläubigerstaaten werden über die Verwendung des Geldes wachen, und kein Heller des englischen Kredits darf ohne Genehmigung des englischen Kommissars ausgegeben werden. Außerdem muß Oesterreich unter anderem die wertvollen Gobelins in den Wiener Kaiserschlössern verpfänden. Gegen diese Verpfändung hat nun Ungarn Einspruch bei der Reparationskommission erhoben, denn es erhebt Anspruch auf einen Teil der Gobelins. England scheint den Einspruch anerkennen zu wollen, und es dürfte Ungarn das Recht zugesprochen werden, auf Grund des ihm zustehenden Anteils an den Gobelins ein Auslandsdarlehen aufzunehmen.

÷ **Karls Apanage.** Nach dem „Petit Parisien" soll Karl von Habsburg eine jährliche Unterstützung von 600 000 Goldfranken erhalten. Es beständen jedoch Schwierigkeiten, die Zustimmung der Kleinen Entente zur Aufbringung der Kosten zu erlangen. Ein Unterausschuß der Botschafterkonferenz beschäftigt sich nunmehr mit der Regelung dieser Angelegenheit.

÷ **Bonomi gestürzt.** Nachdem es eine Weile so schien, als ob die italienische Ministerkrise alsbald beigelegt werden könnte, ist sie jetzt erst recht akut geworden. Nach zweitägiger Beratung hat nämlich die italienische Kammer das vom Ministerpräsidenten Bonomi beantragte Vertrauensvotum mit 295 gegen 107 Stimmen abgelehnt. Bonomi hat dem König daher abermals die Demission des Kabinetts überreicht. Als sein aussichtsreichster Nachfolger wird der Kammerpräsident de Nicola genannt, doch steht auch die Kandidatur Giolittis immer noch im Hintergrunde. In Paris sucht man diese neue Wendung in dem Sinne einer weiteren Verschleppung der Genueser Konferenz auszubeuten, indem man darauf hinweist, daß das neue italienische Ministerium doch mehrerer Wochen bedürfe, um das Programm der Konferenz zu studieren und sich darauf vorzubereiten.

÷ **Ein interalliierter Zwischenfall in Konstantinopel.** Aus einer Londoner Meldung über Besprechungen zwischen den englischen, italienischen und französischen Kanzleien geht hervor, daß in Konstantinopel bei der Trauerfeier für den verstorbenen Papst ein schwerer interalliierter Zwischenfall sich ereignet hat. Der englische und italienische Oberkommissar von Konstantinopel weigerten sich, an dieser Trauerfeier teilzunehmen, um nicht das Vortrittsrecht des französischen Oberkommissars anerkennen zu müssen.

÷ **Wie Frankreich abrüstet.** Aus Paris wird gemeldet, daß die Vorbereitungen für die Entlassung der ersten Gruppe der 1920 einberufenen Soldaten am 1. März beginnen und am 4. März abgeschlossen sein werden. Gleichzeitig kommt aber die Nachricht, daß Marschall Foch dem Ministerpräsidenten einen Rekrutierungsplan für die Eingeborenen der neu gewonnenen afrikanischen Kolonien vorgelegt hat, wonach die französische Kolonialarmee um ein Drittel vermehrt wird.

÷ **Schweden.** Der Reichstag hat eine Million Kronen für Unterstützung der Hungernden im Gebiet von Samara bewilligt.

÷ **Oesterreich.** Das österreichische Finanzministerium bereitet eine weitere Erhöhung der Posttarife vor. Auch die Tabakpreise sollen eine neuerliche Steigerung um 100 Prozent erfahren.

÷ **Oesterreich.** Der Sowjetvertreter für Oesterreich überreichte in Wien die Ratifikationsurkunden des österreichisch-russisch-ukrainischen Vertrages.

÷ **Rom.** Der internationale eucharistische Kongreß wird nach einer Verordnung des Papstes am 24. Mai stattfinden.

÷ **Frankreich.** Die Finanzkommission der Kammer hat sich aus Gründen der nationalen Sparsamkeit einstimmig für Beibehaltung der Sommerzeit ausgesprochen.

÷ **Frankreich.** In Paris geht das Gerücht, daß Poincaré demnächst anstatt des Außenministeriums das Finanzministerium übernehmen will. Der Botschafter beim Vatikan Jonnart soll Außenminister werden.

÷ **England.** Das Unterhaus hat das Abkommen über den Freistaat Irland in zweiter Lesung mit 203 gegen 60 Stimmen angenommen.

÷ **Türkei.** Die alliierten Oberkommissare wiesen die türkische Forderung auf Teilnahme an der Genueser Konferenz zurück. Die Türkei befände sich noch im Kriegszustande und sei kein europäischer Staat.

Deutsch-russische Verhandlungen.

Berlin, 17. Febr. Der Vertreter der „Associeted Preß" meldet nach New York: Während der letzten Tage haben Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen Regierung und den drei Vertretern der Sowjetregierung Krassin, Radek und Stomanjakoff stattgefunden. Gemäß Absprache zwischen den Regierungsvertretern verhandelten darauf auch Vertreter der deutschen Industrie mit den drei Russen. Die Verhandlungen galten nicht einem gemeinsamen Vorgehen während der Konferenz von Genua, sondern der künftigen Erschließung Rußlands. Die Verhandlungen verliefen, wie wir hierzu erfahren, zu beiderseitiger Zufriedenheit. Ein abgeschlossenes Ergebnis ist naturgemäß von diesen kurzen ersten Vorbesprechungen nicht zu erwarten, doch haben beide Parteien die Aussicht auf eine Verständigung festgestellt. Die deutschen Unterhändler sind der Ueberzeugung, daß ein gutes Stück Weg zum Erfolg zurückgelegt ist. Der Dank dafür gebührt, wie den russischen, auch den deutschen amtlichen Vertretern, in deren Händen hoffentlich die weitere Pflege der schwierigen Angelegenheit verbleibt.

Zürich, 20. Febr. Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz nimmt in erschreckendem Maße zu.

Paris, 22. Febr. Ein Berichterstatter des Intransigeant, der in der Gegend von Reims eine Umfrage über die Beschäftigung deutscher Arbeiter angestellt hat, meldet, die deutschen Materialien und die deutschen Holzhäuser wolle jeder annehmen. Ueber die Beschäftigung deutscher Arbeiter sei man geteilter Meinung Sie könne jedoch nur in bestimmter Anzahl geschehen. Auf dem Lande zum Beispiel würden Streitigkeiten entstehen.

Stockholm, 18. Febr. Die Hungersnot in Rußland bereitet der Sowjetregierung große Sorge. Trotz ihrer eigenen unermüdlichen Anstrengungen, trotz der großzügigen Hilfe der Amerikaner muß sie in einer ganzen Anzahl von Gebieten hilflos vor dem Hunger die Waffen strecken. Wie von wohlunterrichteter Seite verlautet, müssen ganze Länderstrecken einfach dem Schicksal des Unterganges überlassen werden. Man rechnet in Moskau heute mit der ganz unglaublich fürchterlichen Tatsache, daß die Hungersnot sechs bis sieben Millionen Menschen kosten wird.

Paris und Moskau.

Vergebliche Dementierversuche.

Die Aufsehen erregenden Meldungen über den bevorstehenden Abschluß von Vereinbarungen zwischen Sowjet-Rußland und Frankreich sind, wie die „D. A. Z." offenbar auf Grund authentischer Informationen schreibt, bisher weder bestätigt, noch in einwandfreier Form abgeleugnet worden. Einer Nachrichtenagentur wird aus Sowjetkreisen mitgeteilt, daß die betreffenden Gerüchte im gegenwärtigen Augenblick der Grundlage entbehren, daß aber Sowjetrußland wegen der baldigen Befriedigung seiner wirtschaftlichen Bedürfnisse an allen Türen anklopfen müsse, um den Ring der wirtschaftlichen Isolierung zu sprengen.

Danach wäre also formell noch keine Abmachung zwischen Moskau und Paris geschlossen worden; daß aber eine Fühlungnahme im Gange ist, scheint festzustehen. Auf die Form kommt es schließlich am wenigsten an, und deshalb berühren alle Erklärungen von französischer Seite, Krassin sei zur Unterzeichnung der Vereinbarung mit dem Roten Kreuz nicht nach Paris gelassen worden oder Skobelew verhandele nicht mit amtlichen Kreisen, nicht den Kern der Sache.

Die zweifelhafte Haltung Frankreichs.

In ähnlichem Sinne stellt die englische Zeitung „Daily Telegraph" fest, es könne nicht abgeleugnet werden, daß Unterredungen zwischen Franzosen und Sowjetvertretern stattgefunden haben.

Die Oeffentlichkeit würde erstaunt sein, zu erfahren, wie weitreichend die Zugeständnisse gewesen seien, die Krassin und seine Freunde Frankreich angeboten hätten.

Die französische Regierung habe zwar keinerlei Uebereinkommen unterzeichnet oder auch nur erörtert. Es müsse doch klar verstanden werden, daß die Haltung der französischen Regierung nicht unbedingt ablehnend sei.

Franzosen und Russen wollen also jeder mehrere Eisen im Feuer haben, der eine will Frankreich gegen England und Deutschland ausspielen, der andere Rußland gegen uns und die Briten. Wenn sie beide nur nicht mit ihrer allzugroßen Schlauheit hereinfallen.

Zur Landwirtschaftswoche.

Das Ende der Berliner Landwirtschaftswoche.

Die Große Landwirtschaftswoche in Berlin ist nun beendet. Die Wiederbelebung des Interesses der Landwirtschaft an den Fragen der nationalen Wirtschaft gehört zu den erfreulichen Symptomen der Gegenwart. Der Krieg hatte eine Periode des Raubbaus bewirkt, eine Zeit systematischer Ausbeutung der Landwirtschaft, welche tief verstimmend und entmutigend gewirkt hatte. Heute, wo die Landwirtschaft ihre Selbständigkeit zum größten Teile wiedergewonnen hat, regt sich wieder der Gemeinwille, die freiwillige Leistungsbereitschaft, die in dem großen Gedanken des landwirtschaftlichen Hilfswerks als eines großangelegten Produktionsprogramms ihren zureichenden und schon in der breiteren Oeffentlichkeit verstandenen Ausdruck findet. Die in Berlin stattgefundene landwirtschaftliche Woche bewies, daß der Gedanke der landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaft zusammengefaßt in einem großen System von Einzelmaßnahmen und Unternehmungen, Gründungen und Organisationen in der Allgemeinheit festen Fuß gefaßt hat. Er zeigt, daß das Interesse an der Scholle, das Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Nation wirkliche Kräfte sind, die bisher ungenutzt geblieben sind und zu keinerlei allgemeinpolitischer Wirkung gelangt waren.

Der Landbundtag in Hannover.

Dieser Gedanke von der großen nationalen Pflicht soll auch das Leitmotiv für die jetzt in Hannover begonnene Tagung des Reichslandbundes werden. Zum ersten Male tagt der Reichslandbund in Hannover, im Lande der niedersächsischen Bauern. Als freie wirtschaftspolitische Organisation, die durch ihre Glieder in allen Ländern und Provinzen des Reichs vertreten ist, haben die Beratungen des Reichs-Landbundes eine besondere Bedeutung. Hannover steht bereits im Zeichen der großen Landwirte-Tagung. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat sein Erscheinen für die Hauptversammlung zugesagt. Die Presse der Stadt widmet den Landleuten herzliche Begrüßungsartikel. Die Gasthöfe und alle erreichbaren Bürgerquartiere sind ausnahmslos überfüllt. Bei den Ausschußtagungen waren bereits sämtliche Landesteile des Reiches vertreten.

Volksleben und Wirtschaft.

= **Der Stand der Mark.** Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	18. 2.	17. 2.	1914	
100 holländische Gulden	7892	7582	167,—	M.
100 belgische Franken	1763	1698	80,—	„
100 dänische Kronen	4325	4225	112,—	„
100 schwedische Kronen	5529	5354	112,—	„
100 italienische Lire	1021	—	80,—	„
1 englisches Pfund	912	886	20,—	„
1 Dollar	209	204	4,20	„
100 französische Franken	1853	1793	80,—	„
100 schweizerische Franken	4093	4005	80,—	„
100 tschechische Kronen	396	382	—,—	„

= **Berliner Warenmarkt vom 18. Februar.** Amtliche Notierungen für 50 Kilo ab Stationen: Weizen Märkischer 510—523, Pommerscher 505—520, Schlesischer 520—528, Mecklenburgischer 510—523. Roggen Märkischer 395—405, Pommerscher 382—400. Sommergerste 410—424. Hafer Märkischer 355—370, Pommerscher 350—360. Mais ohne Provenienzangabe 354—362. Weizenmehl (100 Kilo) 1390. Roggenmehl (100 Kilo)975—1060. Weizen- und Roggenkleie 280—285. Raps 805—860. Viktoriaerbsen 540—575. Kleine Speiseerbsen 425—475. Futtererbsen 400—425. Lupinen blaue 380—400, gelbe 500—540. Seradella neu 630—680, alt 475—520. Rapskuchen 365—375. Leinkuchen 575—585. Trockenschnitzel 280—285. — Heu und Stroh. Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station. Drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 49—54, drahtgepreßtes Haferstroh 51—55, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 45 bis 48, loses und gebundenes Krummstroh 33—35, Häcksel 56—58, handelsübliches Heu 122—135, gutes Heu 140 bis 155 Mark.

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

51 (Nachdruck verboten.)

Eines Abends, als wieder ihre Zutulichkeiten und Klagen kein Gehör fanden und sie erbittert vom Hofe hinweglief, faßte sie den alten Sternsteinhofer, der ihr gerade in den Weg kam, am Arme an. „Bauer", rief sie, „hitzt erfahr' ich, was auch du schon seit langem und in dem Stück wär'n wir völlig gleich!"

Der Alte machte sich frei und wischte über den Joppenärmel, als wäre der durch die Berührung befleckt worden. „Faß ein' nit an", sagte er rauh. „Dir gleich wußt' ich mich in kein'm Stuck."

„So kennst' leicht Kindsundank nit?!" kreischte das Weib.

„Kein' Dank — mag sein! Geg'n 'n Undank hab' ich mich sicher g'stellt. Mußt dir schon dein G'spann wo anders suchen." Damit kehrte er ihr den Rücken zu.

Alles, was der protzige, künftige Schwiegersohn für die Alte tat, war, daß er ihr bei beginnendem Winter erlaubte, aus ihrer verfallenen Keusche in das Kleebinder-Häusel zu übersiedeln. Da saß sie nun zwischen reinlicheren und festgefügteren Mauern als sonst und fror wie früher, denn die Fuhre Holz, auf die sie gehofft und gerechnet, war ausgeblieben; sie ertrug es so lange, bis es ihr — wie sie sich äußerte — zu dumm wurde.

„Soll'n s' mir nur a Wörtl sag'n, dann werd' aber auch ich mein Maul groß auftun", murrte sie, griff zur Hacke, hieb des seligen Herrgottlmachers Holzvorrat kurz und klein und verfeuerte ihn, und als davon kein Span mehr im Hause war, brachte sie die Figuren des halbfertigen Votivbildes auf den Säge- und Hackblock. Mit boshaft zwinkernden Augen sah sie in die flackernden Flammen und meinte: die Heiligen brennen so gut wie Holz.

Sie half sich ganz leidlich über den Winter hinweg; kurz nach demselben war das Trauerjahr des toten Sternsteinhofers um, dann mußte in doch etwas geschehen und ändert sich wohl auch ihre Lage. Den Kopf mit beiden Händen pressend, eilte sie heim, als sie erfuhr, — von Fremden sich's mußte sagen lassen, — der Notarius wär' schon auf den und den Tag bestellt, um auf dem Sternsteinhofe die Ehepakten aufzusetzen und alles sonst Nötige zu verklausulieren und zu verbriefen.

An dem Tage aber, an welchem der Notar — Toni hatte sich den nämlichen „Findigen", wie sein Vater, verschrieben — dort oben auf dem Gehöfte alles richtig machte, ward die Alte von quälender Neugierde und peinigender Unruhe im Hause herumgejagt, sie hastete Stuben aus, Stuben ein, vom Boden- in den Kellerraum und von dem feuchten Grundmauerwerk wieder hinauf unter die Dachsparren. Doch sie mußte sich geduiden und erst gegen Abend sah sie jemand eilig auf das Häuschen herzukommen und erkannte, als er nahe war, den Zwischenbüheler Bürgermeister.

Der Ortsoberste trug auf langen Beinen einen merkwürdig kurzen Oberleib und auf dessen breiten Schultern wieder ein auffallend kleines Köpfchen, über den beiderseitigen, kurzen Backenbärtchen strebten zwei mächtige Ohrmuscheln, fast „kopfflüchtig", ins Freie; obwohl seine Augäpfel etwas vortraten, so waren sie doch mit ausreichenden Deckeln versehen, welche er denn auch zum Schutze der ersteren gewöhnlich bis auf einen kleinen Spalt geschlossen hielt, was ihm ein ebenso nachdenkliches, wie sanftmütiges Aussehen verlieh; der untere Teil des Gesichts aber, der zwischen den faltigen Wangen wie eingeschrumpft liegende Mund und das kurze Kinn, wurden von der vorragenden Nase überschattet, welche aus leicht zu erratenden Gründen von den Zwischenbühlern „d' Latern'" genannt wurde; bei deren Größe und der Kleinheit seines Mundes konnte er es nicht verhindern, daß im Sprechen einzelne Laute den bequemeren Weg durch dieselbe nahmen.

„Du bist die Zinshoferin?" näselte er.

„Ich mein', du wirst mich wohl kennen?" sagte die Alte.

„Blind, wann ich wär', leget' ich ein' Eid d'rauf ab, daß du's bist, denn ich kenn' dich an deinem Gekeif, aber was konschtadiert werden muß, das muß konschtadiert werd'n, weil ich von Amtswegen mit dir z'reden hab'."

„No, so komm' h'rein, komm' doch h'rein."

Die Alte lief flink voran und der Bürgermeister stolperte hintennach. Sie wischte einen Stuhl ab und setzte ihn in die Mitte der Stube.

Der Bürgermeister winkte abweisend mit der Hand. „Wir werd'n gleich fertig sein."

„Ah, nein! da schau' ein's her!" eiferte die Alte, während ihr die Zornröte aufstieg. „Fand's schon kein's von denen da droben der Müh' wert, mich h'naufz'rufen oder h'runter z'kämma, und ließen s' mir durch a Fremd's Post zutragen, so will ich doch auch soviel wissen, wie dösselbe weiß, und eh' d' mir nit alles sagst, wonach mich neugiert, laß ich dich nit aus der Stub'n, mag's hitzt kurz oder lang dauern!"

„Was willst denn wissen?"

„Was g'schieht?"

„Was soll g'scheh'n? Dein' Tochter wird Sternsteinhofbäuerin. Das kannst dir wohl denken."

„Was weiter?"

„No, ich mein', 's wär das g'nug! Aber ob'ndrein nimmt noch der Bauer ihr'n Bub'n, 'n Muckerl vom seligen Kleebinder, als eigen Kind an."

„Gar dazu zwingt er sich?" Die Alte bleckte die Zähne, als aber der Mann vor ihr ernst blieb und verwundert die Augendeckel aufzog, besann sie sich und sagte: „No, 's is wohl schön von ihm."

„Wohl, wohl, Gott's Lohn dafür! Als b'stelltem Vormund war mer 's kein' g'ringe Freud'. Kannst dir wohl denken, daß ich mich nit dagegen g'sperrt hab', daß mein Mündel mal als Herr und Eigner af ein's von d'größten Anwesen im Land z'sitzen käm'!? Jo. Aber obwohl 's Glück bei dem Buben schön völlig ein' Gupf gemacht hat, mußt' ich doch noch af ein's besteh'n, damit ich aller Verantwortlichkeit nachkimm und frei'n G'wissens d' Vormundschaft niederleg'n kann. Das Häusel da is nach 's Vaters Tod 'm Kind. —"

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 20. Februar 1922.

— Die **Freiw. Feuerwehr** hatte für Sonntag eine öffentliche Versammlung einberufen, um eine Aussprache über die gelegentlich des Wasserturmbrandes gegen die Feuerwehr gerichteten Angriffe herbeizuführen. Von den unberufenen Kritikern und aus der Bürgerschaft war jedoch, außer den Vereinsmitgliedern, niemand erschienen und somit die geplante Aussprache unnötig geworden. Die sonst gut besuchte Versammlung beschäftigte sich deshalb unter Mitwirkung des Herrn Bürgermeisters mit Durchberatung der Statuten. Bezüglich des Brandes wird der Feuerwehr der Vorwurf gemacht, daß die Spritze nicht am Brandorte war, nicht genügend Mannschaften sich betätigten und die Löscharbeiten im allgemeinen nicht genug umfassend und einheitlich gewesen. Wie wir hören, war angenommen worden, daß der in der Siedlungs-Wasserleitung vorhandene Druck zur Speisung der Schläuche und Dämpfung des Feuers ausreiche. Das war jedoch nicht der Fall. Da jedoch die Rittergutsspritze zur Stelle war, so war die Feuerwehr bald Herr des Feuers. Ungenügende Alarmierung und durch die Arbeit bedingte Abwesenheit vieler Feuerwehrmänner war der Grund für geringe Beteiligung der Mannschaften. Die Löscharbeit erfuhr starke Verzögerung durch den in der Leitung vorhandenen Wassermangel. Sofort nach Bekanntwerden des Brandes deckten sich sämmtliche Siedlungshaushaltungen mit Wasser ein und für die Löscharbeiten war nicht genug des edlen Nasses vorhanden. Wenn das in anderen, ernsteren Fällen wieder in dieser Weise gehandhabt wird, kann es vorkommen, daß die vorsichtigen Hausbesitzer mit Wasser sehr gut eingedeckt sind, aber die Siedlung trotzdem wegbrennt. Beschwerde wurde auch über nicht genügende Betätigung der Siedler bei den Löscharbeiten geführt. Durch die Kriegsfolgen und andere Verhältnisse hat die hiesige Wehr eine andere Zusammenstellung bekommen, es sind eine große Zahl jüngere Mitglieder beigetreten und bedarf es bedeutender Anstrengungen der Führung um etwas Ganzes, eine in allen Teilen exakt funktionierende Wehr zu schaffen. — Der durch den Brand der Stadt erwachsene Schaden ist nicht wesentlich, da der Turm versichert war, wenn auch nicht seinem vollen Werte nach; denn wer hält es denn für möglich, daß der — Wasserturm in Brand gerät.

— Der Wert der deutschen Reichsmark stellte sich am Sonntag in Amerika auf 2,03 Friedenspfennige. Das entspricht einer Bewertung des Dollars mit 208,64 Mark, während in Berlin am Sonnabend amtlich 209,29 Geldkurs notiert wurde.

Merseburg, 17. Febr. Die **Tagung des Provinziallandtages** beginnt am 7. Mai d. Js. Anstelle der Mitglieder der K. P. D., die seinerzeit das Mandat niedergelegt haben, werden im Provinziallandtag erscheinen Donner-Kitzendorf, Dessau-Memleben, Becker-Ratesberg und Frau Wick-Wittenberg von der K. P. D. Von der Fraktion der U. S. P. D. hat bekanntlich der Listenführer Hennig wegen Wegzuges von Halle sein Mandat abgegeben. An seine Stelle tritt im Provinziallandtag Redakteur Kasparek-Halle.

Leuna. Erstickt ist hier ein Anstreicher, der von einem Gerüst in eine Kohlenbunker stürzte und von nachrutschenden Kohlen verschüttet wurde.

Halle. 600 000 Mark zahlte ein hiesiges Konsortium für 10 Morgen Acker an die Erben des in der Vorstadt Gimritz gelegenen Lichtensteinschen Gutes. Man beabsichtigt dort Formsand abzubauen.

Bernburg. Ins Fäustchen lachen kann sich die hiesige Staatsanwaltschaft, da ein als Diebs- oder Schieberware im vorigen Jahre konfiszierter Perserteppich nach Verstreichung der Aufbewahrungsfrist jetzt versteigert und sicherlich an die 100 000 Mark bringen wird.

Dessau. Aus verletztem Ehrgefühl erschossen hat sich der zwölfjährige Oberrealschüler Georg Koch, Sohn einer Witwe.

Gera, 18. Febr. Die hier in der Böttchergasse 20 wohnende 81 Jahre alte verwitwete Frau Wilhelmine Trinks wurde in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Sie war in der Nacht erfroren. Es wird angenommen, daß die alte Frau von Altersschwäche befallen wurde, als sie sich ins Bett legen wollte, und dabei zu Boden gefallen und auf diese Weise in der Nacht erfroren ist.

Zerbst. Erstickt sind die 6 und 4 Jahre alten Mädchen des Bahnarbeiters Wille. In Abwesenheit der Eltern war das Holz hinter dem überheizten Ofen ins Glimmen geraten.

Eisleben. Der Bergarbeiterstreik ist nun zur Tatsache geworden. Von einer ausgeprägt streiklustigen Stimmung kann allerdings nicht gesprochen werden. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet, um Schaden zu verhüten.

Eisleben, 17. Febr. (Bergarbeiterstreik in Mansfeld.) Gestern nachmittag traten die Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes in Helbra zusammen, um über die Maßnahmen angesichts der Ablehnung der Forderungen durch die Mansfeld-Syndikat-A. G. zu beschließen. Es wurde beschlossen, mit der Mittagsschicht des morgigen Sonnabends in den Streik zu treten, wenn die Antwort nicht bis Freitag mittag erfolgt sei. Die auf 20 Mark Zulage je Schicht für alle Arbeiter über 21 Jahre mit Ausschluß der Nichtorganisierten von der Teilnahme an den Soziallöhnen lautenden Forderungen gelten als abgelehnt, da bis heute mittag 12 Uhr die Antwort nicht vorlag. Somit beginnt der Streik morgen mittag.

Zschornewitz. Das Großkraftwerk hat nach Beendigung des Berliner Streik den gesamten Bedarf an elektrischer Energie für Berlin, Pisteritz und die übrigen Abnahmestellen, insgesamt 104 000 Kilowatt täglich, decken können.

Gerstungen, 18. Febr. In Horschlitt setzte ein junges Ehepaar, bevor es zum Tanze ging, das vorehelich geborene 5 Jahre alte Kind mit gebundenen Händen vor den stark erhitzten Ofen, sodaß nach dem Weggang der Eltern das Kleid des Kindes zu brennen anfing. Vorübergehende hörten das Wimmern des Kindes und retteten es noch im letzten Augenblick vor dem Tode. Gegen die Rabeneltern ist von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren eingeleitet worden.

Berlin, 19. Febr. Gestern Abend begann im Berliner Sportpalast in Anwesenheit einer nach Tausenden zählenden Besuchermenge das Sechstagerennen. Dreizehn Paare verließen den Start.

München, 18. Febr. In München wurde ein Gastwirt verhaftet, der vor drei Wochen für 320 000 Mk. Emmentaler Käse, den er als Güter deklarierte, verschoben hatte.

Szczakowa, 20. Febr. Dem Kassirer der Zementfabrik wurden durch sechs Räuber 16 Millionen polnische Mark Lohngelder entrissen.

Laurahütte, 20. Febr. Durch giftige Gase wurden sechs Bergleute getötet, während die übrige Belegschaft durch schnelle Hilfe ihr Leben retten konnte.

Schöffengerichtssitzung in Teuchern am 17. Febr. 22.

Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Arbeiter Walter Pfeiffer aus Teuchern wurde wegen Entwendung einer Taschenuhr zu 1 Monat Gef. verurteilt.

Den Einspruch gegen eine polizeiliche Strafverfügung nahm die ledige Alma Födisch zurück.

Der landwirtschaftliche Arbeiter Karl Wieduwilt aus Frauenpriesnitz hat sich einen fremden Hund angeeignet und werden ihm deshalb 200 Mk. Geldstrafe ev. 4 Tage Gef. auferlegt. Wegen Beihilfe bekommt der Schulknabe Ernst Mark einen Verweis.

Der Dienstknecht Emil Wolf in Döbris hat der unverehelichten Ida Poppe in Naundorf 85 Mk. entwendet und wird deshalb mit 100 Mk. Geldbuße ev. 2 Tagen Gef. bestraft.

Der Handelsmann Gottlob Seume in Teuchern wurde von der Anklage sich der Hehlerei schuldig gemacht zu haben, freigesprochen.

Von der Anschuldigung gegen § 182 St.-G.-B. verstoßen zu haben wird der Musikdir. Hütienrauch freigesprochen.

Vermischtes.

Tragisches Ende eines Hochzeitszuges.

Wien, 17. Febr. Nach einem Budapester Bericht der „Neuen Freien Presse“ wird aus Szegedin ein furchtbares Unglück gemeldet, dem Sonntag früh ein Hochzeitszug zum Opfer gefallen ist. Die Gesellschaft wollte sich frühmorgens in vier Bauernwagen nach Csongrad begeben. Sowohl Kutscher als Gäste waren berauscht. Sie wollten mit ihren Wagen die zugefrorene Theiß passieren und, obwohl der Fährmann ihnen einschärfte, langsam zu fahren, jagten die Kutscher die Pferde nebeneinander in einer Linie über das Eis. In der Mitte des Stromes brachen die Wagen ein und alle vier versanken im Eise. 27 Männer und Frauen fanden den Tod. Eine einzige Kranzeljungfer konnte von dem Fährmann gerettet werden.

* **Millionenbetrügereien eines Schmuckwarenhändlers.** Der Schmuckwarenhändler Bernhard Dissinger aus Pforzheim ist in Frankfurt a. M. wegen Betrugs in Höhe von 6 Millionen Mark festgenommen worden. Er hat 1921 als Vertreter von mehreren Pforzheimer Bijouteriewaren-Fabrikanten Waren im Werte von 10 Millionen Mark bezogen und die ganze Ware für 1/3 des Wertes an den ebenfalls festgenommenen polnischen Staatsangehörigen Juwelenhändler Ph. Ehrlich in Frankfurt veräußert. Dissinger leistete ab und zu Teilzahlungen an seine Lieferanten und erhielt immer größere Posten Waren geliefert. Der Schaden wird auf 6 Millionen geschätzt.

* **Ein Personenzug beraubt.** In den Gepäckwagen des Personenzuges Berlin—Landsberg a. W. sprangen in der Nacht zwischen den Stationen Tamsel und Warnick mehrere Personen. Sie warfen zahlreiche Gepäckstücke heraus und raubten den Inhalt. Drei Arbeiter aus Warnick bei Küstrin wurden als Täter ermittelt.

* **Explosion in der Würzburger Universität.** Im Würzburger Chemischen Universitätsinstitut erfolgte eine Explosion, wobei der Assistent Dr. Hieber, ein Sohn des württembergischen Staatspräsidenten, eine schwere Handverstümmelung erlitt.

* **Bergwerksexplosion in Oberschlesien.** In Bobrek bei Beuthen explodierte auf dem Gräfin-Johanna-Schacht ein Badekessel, als zweihundert Mann von einer Belegschaft dort das übliche Bad nahmen. Von dem umherspritzenden siedenden Wasser wurden 52 Bergleute verletzt. Einer von ihnen ist gestorben, sieben sind schwer verbrüht und vierundzwanzig leicht verletzt worden.

* **Raubüberfall auf Gartenbeamte in Köln.** In Köln wurde ein schwerer Raubüberfall auf zwei Beamte der städtischen Gartendirektion ausgeführt. Die Beamten, die sich im Besitz von Löhnungsgeldern von über 300 000 M. befanden, wurden plötzlich von hinten angegriffen und mit einem schweren Gegenstand auf den Kopf geschlagen. Die Räuber entrissen den Beamten die eine Tasche mit 200 000 M. und flüchteten in ein heranfahrendes Auto, das in schnellstem Tempo davonfuhr. Beide Beamte sind schwer verwundet worden.

* **Ausreise des Dampfers „Kap Polonio“.** Der Dampfer „Kap Polonio“ hat fast acht Jahre nach seiner Fertigstellung erstmalig den Hamburger Hafen zu dem ursprünglich für ihn ausersehenen Dienst verlassen können. Der Dampfer hat mit einer Ladung Stückgüter und etwa 300 Kajüten- und 400 Passagieren 3. Klasse seine erste Reise nach Para angetreten. Er läuft auf seiner Reise Boulogne nicht an, da die dortigen Behörden Schwierigkeiten machen.

* **Die Umbaukosten der „Vaterland“.** Der frühere deutsche Personendampfer „Vaterland“, der größte Dampfer der Welt, gehört bekanntlich jetzt den Amerikanern, die ihm den Namen „Leviathan“ gegeben haben. Nachdem das Riesenschiff jetzt jahrelang im Newyorker Hafen gelegen hat — als die Amerikaner das Schiff beschlagnahmten, hatte die deutsche Besatzung selbstverständlich rechtzeitig dafür gesorgt, daß Kessel und Maschinen unbrauchbar wurden — hat man sich jetzt doch entschlossen, es wieder instand zu setzen. Die Kosten der Wiederherstellung belaufen sich auf 8 200 000 Dollar, das sind rund 25 Millionen Goldmark oder mehr als 1,6 Milliarden Papiermark. Das geraubte Schiff kommt den Amerikanern also bald teurer, als wenn sie sich ein neues auf ehrliche Weise gekauft hätten. Unrecht Gut gedeihet nicht . . .

* **[illegible] eines französischen Militärflugzeuges.** Ein französisches Militärflugzeug stürzte in Madrid ab. [illegible]

* **Ein brennender Dampfer.** In Helsingfors brach im Lastraum des im Hafen liegenden deutschen Dampfers „Arnim“, der 1500 Tonnen an Bord hatte, Feuer aus. Der dichte Rauch erschwerte die Löscharbeiten der Feuerwehr. Vermutlich ist der größte Teil der für Stockholm bestimmten Ladung verbrannt.

* **Ein betrügerisches Vollzugskomitee** wurde im Gouvernement Perm im Russenreiche dem Gerichte des Revolutionstribunals übergeben. Der Grund zu diesen Verhaftungen bildete der Umstand, daß das Personal des Permer Vollzugskomitees in der bei ihm bestehenden amtlichen Geldfabrik für 50 Milliarden Rubel Geldscheine drucken ließ, ohne dazu von der Moskauer Regierung beauftragt worden zu sein. Der genannte Betrag wurde von den einzelnen Mitgliedern des Vollzugskomitees für eigene Zwecke verausgabt.

* **Nansen lehnt die Ehrenmitgliedschaft des Moskauer Sowjets ab.** Der bekannte Polarforscher Fritjof Nansen erklärt in einem offenen Briefe, daß die Nachricht über seine Wahl zum Ehrenmitglied des Moskauer Sowjets unrichtig sei. Im übrigen betont er, daß er, selbst wenn er zum Ehrenmitgliede der Sowjets gewählt werden würde, sich gezwungen sehen würde, abzulehnen, da das der von ihm jetzt in Rußland geleiteten Hilfsaktion zugunsten der Hungernden zuwiderlaufen würde. In Sowjetrußland ist jetzt eine neue Steuer eingeführt worden. Zur Hilfe für die Hungernden und zum Kampf gegen die Seuchen wird eine allgemeine Staatsbürgersteuer von allen arbeitsfähigen Männern vom 17. bis zum 60. Jahre und Frauen vom 17. bis 55. Jahre erhoben. Der Betrag der Steuer wird in Vorkriegsgoldwährung festgesetzt.

\# **Als sauberste unter den europäischen Weltstädten** galt bis zum Kriege mit Recht die deutsche Reichshauptstadt, während Paris ihrem alten Namen „Lutetia“ noch viel zu sehr Ehre machte, als sich mit ihrem modernen Namen „Lichtstadt“ vertrug. Selbst auf den Boulevards konnte man oft mittags noch die umgefallenen Mülleimer sehen, die ihren Inhalt auf das Trottoir ergossen hatten. Die polizeilichen Strafandrohungen halfen nichts. Heute ist leider auch Berlin auf diese Abwege geraten, und schmutzige Straßen sind jetzt keine Ausnahme mehr. Die Mittel- und Kleinstädte zeichnen sich dagegen vielfach vorteilhaft aus, obwohl es auch dort nicht immer leicht ist, für die Straßensäuberung Personen zu finden. Die Hausbesitzer greifen dann eben selbst zu. Uebrigens war es schon vor dem Kriege in Berlin nicht leicht, die nötige Zahl von Schneeschippern im Winter aus den Reihen der Arbeitslosen zusammenzubringen.

\# **Eine Meinungsverschiedenheit in den Krankenkassen** macht jetzt verschiedentlich von sich reden. Die betreffenden Kassen verlangen von solchen Personen, die sich bereits selbst versichert haben oder von verheirateten Frauen, die von ihren Ehemännern mit versichert sind, daß sie nochmals Beiträge zahlen, wenn sie eine mit Entgelt verbundene Beschäftigung ausüben. Besonders hat man diese Ansprüche bei Aufwartefrauen erhoben, die fast alle von ihren Männern mit versichert sind. Diese Frauen haben die nochmalige Entrichtung von Krankenkassenbeiträgen verweigert. Es wäre zu wünschen, daß diese Angelegenheit von der obersten zuständigen Stelle geprüft und entschieden würde, da sich aus diesen Streitfällen schon mancherlei Mißhelligkeiten ergeben haben.

Preußischer Landtag.

Streikdebatte.

— Berlin, 18. Februar.

Die gestern begonnene Streikdebatte setzt Abg. v. Kynern (D. Vp.) fort. Er bezeichnet die Verordnung des Reichspräsidenten als zweifellos rechtsgültig. Ein Disziplinarverfahren gegen streikende Beamte entspreche völlig der Rechtslage. Das in der Verfassung gewährleistete Koalitionsrecht sei kein Streikrecht. Er verlangt, daß die Technische Nothilfe so bewertet wird, wie sie es nach ihrem schwierigen Wirken verdienten.

Der Demokrat Riedel polemisiert gegen das Verhalten der Unabhängigen und spricht voller Anerkennung von dem Eingreifen der Spitzenorganisationen. Er erkennt die Notlage der Beamten an, ist aber gegen den Beamtenstreik. Zum Schluß gerät er mit der Rechten hart zusammen.

Der Kommunist Dr. Meyer-Ostpreußen und der Unabhängige Rabold fordern das unbedingte Streikrecht der Beamten, auch der Polizeibeamten. Die Schuld am Streik trage das Verhalten der Regierung.

Ihnen entgegnet der Minister des Innern Severing, der das Verhalten der Unabhängigen und Kommunisten während des Streiks angreift. Er beklagt, daß in den Gewerkschaften nicht mehr die alte Disziplin herrsche wie früher; jetzt habe der, der den Mund am weitesten aufmache, die größte Autorität. Solange die alte Gewerkschaftsdisziplin nicht wiedergekehrt sei, sei die Technische Nothilfe notwendig. Die Regierung sei den Streikenden gegenüber sehr tolerant gewesen, aber alles konnte sie sich nicht bieten lassen. In Sowjetrußland würde man mit den Streikenden ganz anders umspringen.

Es beginnt dann die zweite Rednerreihe. Von jeder Partei spricht noch ein Redner, von denen aber keine wesentlichen neuen Gedanken in die Debatte gebracht werden.

Man vertagt sich schließlich auf Montag.

Was gibt es Neues?

— Poincaré drohte in der Kammer wegen der Vorfälle in Petersdorf mit neuen Sanktionen. Er erhielt dafür ein einstimmiges Vertrauensvotum.

— In Hannover begann in Anwesenheit Hindenburgs die Tagung des Reichslandbundes.

— Das italienische Kabinett Bonomi wurde gestürzt. Infolgedessen dürfte die Eröffnung der Konferenz von Genua hinausgeschoben werden.

— Die vierte Reparationsrate in Höhe von 31 Millionen Goldmark ist von der deutschen Regierung pünktlich bezahlt worden.

— Eine Abordnung der Reichsgewerkschaft wurde vom Reichskanzler empfangen und erhielt Versicherungen, die vom Vorstand als befriedigend bezeichnet werden.

— Die Reparationskommission erklärt, daß sie sich mit der Frage der deutschen Zahlungen für 1922 bisher nicht beschäftigt habe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119220221-15/fragment/page=0003

Die Magistrate, Gemeinde- und Gutsvorstände des Kreises ersuche ich, **die Impflisten für 1922** nebst den Listen über die privatim ausgeführten Impfungen und den sonstigen Belegen, **sowie die für 1922 aufzustellenden Impflisten und Auszüge aus den Geburtslisten** nunmehr **umgehend** an mich einzureichen.

Weißenfels, den 16. Februar 1922.

Der Landrat.

Ich habe vom 1. März 1922 ab unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs dem Tierarzt Jackschath in Stößen die Ausübung der Ergänzungsbeschau in den Fleischbeschaubezirken Kistritz und Stößen übertragen. Stellvertreter ist vom gleichen Tage an der Tierarzt Müller in Pitzschendorf.

Weißenfels, den 16. Februar 1922.

Der Landrat.

Anmeldung schulpflichtiger Kinder.

Aus der Stadt Teuchern sowie aus den gastweise eingeschulten Schulverbänden (Teuchern und Lagnitz-Gutsbezirk, sowie den Gemeindebezirken Kuhndorf, Lagnitz, Runthal) werden diejenigen Eltern, Vormünder und Erzieher, deren Kinder und Pflegebefohlenen in der Zeit vom **1. Oktober 1915 bis 30. September 1916 geboren** sind, hierdurch aufgefordert die Kinder **zur Schule anzumelden.**

Die Anmeldungen sollen am Mittwoch, den 22. Febr. von 8—10 Uhr für Knaben und 10—12 Uhr für Mädchen im Schulhaus am Steinwege 1. Tür links erfolgen.

Die Anmeldungen sind möglichst von den Eltern oder ihren Stellvertretern zu erstatten. Zunamen und Vornamen des Kindes sowie der Eltern bezw. ihrer Stellvertreter, Geburtstag und Geburtsort des Kindes sind anzugeben, der Impfschein von allen Kindern und ein Taufnachweis von nicht in Teuchern getauften Kindern ist vorzulegen.

Erwünscht sind ferner Angaben, ob das anzumeldende Kind an Kinderkrankheiten gelitten und davon nachteilige Folgen zurückgeblieben sind, sowie ob es mit irgend einem körperlichen oder geistigen Fehler behaftet ist.

Die Eltern, Vormünder und Erzieher solcher Kinder aber, die zwar nach ihrem Alter schulpflichtig werden, jedoch wegen Kränklichkeit oder sonstiger körperlicher oder geistiger Gebrechen einer Schule nicht oder nicht rechtzeitig zugeführt werden können, werden gebeten, Anzeige hierüber unter Beifügung eines ärztlichen Zeugnisses bis längstens zum Schuleintritt zu erstatten.

Teuchern, den 17. Februar 1922.

Langenkamp, Rektor.

Stadtverordneten-Sitzung

am Donnerstag, den 23. Februar 1922,
nachmittags 5 Uhr.

Teuchern, den 20. Februar 1922.

Hinniger, Stadtverordneten-Vorsteher.

Kreisarbeitsnachweis Teuchern.

Amtliche Meldestelle für alle offenen Stellen.

Geschäftszeit werktäglich von 8½—1 Uhr.

Gesucht werden:

3 Mamsells, auch 1 lernende, 2 Mädchen von 14—16, 7 Mädchen von 16—18 Jahren, 2 von 18—20 Jahren, 3 jeden Alters, 1 Landwirtschaftslehrling von mindestens 16 Jahren, 6 Ostermädchen, davon 2 auf eine Stelle, 6 Osterburschen, 2 Knechte von 15—17 Jahren, sämtlich in die Landwirtschaft, 1 älteres Küchenmädchen u. 1 Hausmädchen in einen größeren Gutshaushalt, 1 Schneider-, 2 Tischler-, 1 Glasergeselle, 10 Häuer, Förderleute, 6 Untertagearbeiter, die auch an der Naßpresse arbeiten, Abraumarbeiter sofort in die Gegend von Hohenmölsen, nur kräftige über 21 Jahre alte Leute, ebenso Erdarbeiter in die Braunkohle nach auswärts, 3 Küchenmädchen und 1 Köchin in eine Schulanstalt nach auswärts, 2 Bäckerlehrlinge, 2 Friseur-, 1 Bildhauer-, 1 Glaser- 1 Gärtnerlehrling, Hausmädchen nach Gera, Weißenfels und Zeitz 1 Stubenmädchen in ein Hotel nach auswärts, 3 Kesselschmiede, 1 Kupferschmied, 1 Baggermeister, 1 Maschinist, 1 Heizer für Lübecker B.-Bagger, Lokomotivführer und Heizer, aber nur Leute die Zeugnisse über ihre Befähigung beibringen können, 1 Hausmädchen in eine Großstadt.

Stellen suchen

3 Korbmacher-, 2 Schuhmacher- und 1 Sattlermeisterlehrling, 1 Sattler- und 1 Schuhmachergehilfe von auswärts, 1 Bäckergeselle, 2 Mädchen auf eine Stelle nach auswärts, 1 unverheirateter Knecht von 25 Jahren.

Sämtliche Sämereien

zur Frühjahrsaussaat, empfiehlt in besten Qualitäten

G. Lantzsch,
Gartenbaubetrieb.

---

1 bis 2 größere

Läuferschweine

kauft **P. Hergert.**

Wirrhaar

kauft zu hohen Preisen

Albert Herrmann,
Friseur, Steinweg.

„Nissin"

gegen

Kopfläuse

Nichts anderes nehmen.

Stadtapotheke Teuchern.

Geschäfts-Bücher

sind am Lager oder liefert zu billigsten Preisen

Otto Lieferenz,
Papierhandlung.

Ordentliches, ehrliches

Dienstmädchen

sucht bei hohem Lohn und guter Behandlung.

Käsefabrik Aue bei Zeitz.

Ein kräftiger

Osterbursche

sucht Stellung in der Landwirtschaft. Wo sagt d. Geschst.

Anständ., saubere

Aufwartung

für vormittags, sofort gesucht. Angeb. unt. **M. 5.** an die Geschst. d. Bl.

Lichtspiele Weiße Wand

Achtung! Nur 2 Tage. Achtung!

Dienstag, den 21. und Mittwoch, den den 22. Februar

Der Liebling der Frauen

ein herrliches Drama in 6 Akten.

Vorstellung 6 und 8.30 Uhr.

Der **Rauchklub „Tulpe", Teuchern**

veranstaltet am **Sonntag, den 26. Februar** 1922 im **Hotel zum Löwen**

großes Tirolerfest

mit Prämiierung.

Von 4 Uhr an Ball. — Einlaß der Tirolergäste 6½ Uhr. Anzug nach Belieben. — Das Tragen wirklicher Waffen ist nicht gestattet. — Die 5 besten Tirolergäste werden prämiiert.

Wozu wir die werte Einwohnerschaft von Teuchern und Umgegend herzlichst einladen.

Der Vorstand. **Der Wirt.**

Unterwerschen.

Sonnabend und Sonntag den 25. u 26. Februar

groß. Bockbierfest

ff Bockwürstchen, ff Pfannkuchen.

Um zahlreichen Besuch bittet **E. Heyme.**

Gummibälle

in allen Größen und Preislagen neu eingetroffen

Max Fischer.

: : : : **Anerkannt** : : : :

: : **große Werbekraft** : :

haben die Anzeigen

∴ ∴ im ∴ ∴

Wöchentlichen Anzeiger.

Fichten-Hobeldielen

Rauhspund, Bretter in allen Dimensionen (Fichte), **Waldlatten, Kiefernstangen, Eichen-Staketsäulen und Riegel**

empfiehlt preiswert

Franz Poser,
Dampfsägewerk und Holzhandlung
Bahnhof Oberwerschen.

Ein größeres Läuferschwein

wird zu kaufen gesucht. Angebote mit Gewicht- und Preisangabe an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Todesanzeige.

Nach kurzem, schweren Leiden verschied im Krankenhaus zu Hohenmölsen mein lieber Gatte und Vater seiner 6 Kinder der Grubenarbeiter und Fleischer

Friedrich Werner

im Alter von 32 Jahren.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Frieda Werner
nebst Kindern.

Gröben, d. 19. 2. 22.

Die Beerdigung findet Dienstag nachm. 3½ Uhr vom Trauerhause aus statt.

Die üblen Nachreden, die ich gegen **Erna Engelhardt** verbreitet habe, nehme ich als unwahr zurück.

A. K.

Todesanzeige.

Sonnabend abend 11 Uhr entschlief plötzlich und unerwartet unsere liebe Schwieger- und Grossmutter

Friederike Löblich
geb. Starke
im Alter von 82 Jahren.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Ww. Berta Löblich
nebst Angehörigen.

Beerdigung Dienstag nachm. 4 Uhr.

Achtung!

Annahme von Spareinlagen
unter günstigen Zinsbedingungen.

Provisionsfreier Scheck- und Ueberweisungsverkehr.

Gewährung von Darlehen aller Art.

Credit in laufender Rechnung.

Amtliche Hinterlegungsstelle von Wertpapieren pp.

Einziehung von Schecks, Wechseln und anderer Guthaben.

Bereitwilligste Auskunftserteilung in Vermögensangelegenheiten.

Geschäftsstunden: 8—1 Uhr vormittags u. 3—5 Uhr nachmittags, Sonnabends 8—1 Uhr.

Stadtsparkasse Teuchern.

Vereine

erhalten

Einladungen, Programme, Liedertexte u.a.
schnell, preiswert und geschmackvoll angefertigt in der

Buchdruckerei v. Otto Lieferenz,
Teuchern, Zeitzerstr. 10.

Felsche-Kakao

¼ Pfd. **8.—** Mk.

Most-Kakao

¼ Pfd. **7.50** Mk.

Schokol.-Pulver

¼ Pfd. **6.—** Mk.

empfiehlt

Br. Billhardt.

Füllfederhalter

zu haben bei

Otto Lieferenz, Papierhandl.

Sichern Sie sich sofort eine

AMBI-Dachziegel-Maschine

für Handbbetrieb
(D. R. P. und Weltpatente)

Herstellung von Zement-Dachziegeln aus vorhandenen Rohstoffen (Kies-Sand usw.) auch unmittelbar an der Baustelle im leichtesten Handbetrieb.

Grosse Ersparnisse. Beste Kapitalsanlage, da Bedarf an Dachziegeln ungeheuer.

Verlangen Sie Druckschriften D

AMBI-Werke Abt. II, N 40 Berlin SW 68
Kochstrasse 18.

Statt Karten.

Ihre am 11. Februar vollzogene VERMAEHLUNG geben bekannt

Karl Benkenstein u. Frau
Elli geb. Mahrt.

Rendsburg (Hollstein).

Fettpapier

eingetroffen bei **O. Lieferenz.**

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen sagen wir Allen auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Dank auch für die Kranz- und Geldspende. Dank Herrn Oberpfarrer Plagemann für die trostreichen Worte am Grabe.

Die trauernde Witwe
Emma Arnold
nebst Kindern
und Verwandten.

Tretet still zu meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh,
Denkt was ich gelitten habe,
Gönnt mir nun die ew'ge Ruh.

Schönheit

verleiht ein rosiges, jugendfrisches Antlitz und ein reiner zarter Teint. Alles dies erzeugt die echte

Steckenpferd-Seife

die beste Lilienmilchseife.

Ferner macht „Dada-Cream" rote und spröde Haut weiss und sammetweich. Zu haben in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Bruchkranke

können auch ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Nächste Sprechstunde in **Weißenfels, Hotel Bayerischer Hof** am 22. Februar von 9—1 Uhr.

Dr. med. Jacobs, Arzt. Spezialist für Bruchleiden. Berlin W. 50, Rankestr. 33. (bisher Dr. Laabs).

Frida Schlehahn
Kurt Stange
grüssen als Verlobte.
Teuchern Obernessa.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119220221-15/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 1 Mk., Reklamezeile 3.00 Mk.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 12.00 Mk., von unseren Boten ins Haus gebracht 12,75 Mk. und durch den Briefträger 12,75 Mk. Einzel-Nummer 30 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 22 | Dienstag, den 21. Februar 1922. | 61. Jahrgang

Deutschlands „Reichtümer".

Deutschlands jährliche Ausfuhr nach dem Ausland beträgt zurzeit nur noch 4 Milliarden Goldmark, gegenüber 10 Milliarden Goldmark vor dem Kriege. Da also unsere Ausfuhr stark zurückgegangen ist, andererseits bei uns aber fleißig produziert wird, so daß eine Arbeitslosigkeit zurzeit unbekannt ist, fragt das Ausland: wo bleiben denn diese so erzeugten Waren? Werden sie nicht im Inland aufgestapelt, und werden so nicht wieder neue innere Reichtümer geschaffen? Demgegenüber hat in Cannes Dr. W. Rathenau den Obersten Rat darauf verwiesen, daß die durch die Bestimmungen von Versailles herbeigeführten Veränderungen seiner wirtschaftlichen Grundlage heute Deutschland zwingen, vier Millionen Menschen nur an der Hervorbringung von Gütern arbeiten zu lassen, die uns früher als Leistung aus Kapital und Ersparnis ohne diesen Arbeitsaufwand zuströmten. Das zeigte Rathenau im einzelnen an nachstehenden 5 Punkten:

1. Die Einkünfte aus Kapitalanlage im Auslande wurden früher bezahlt in Waren, die somit einen fortlaufenden Tribut an Gütern bedeuteten, der in breitem Strome uns zufloß. Schon um diese Güter, vor allem Rohstoffe, zu erhalten, die wir früher als laufenden Ertrag erhielten, müssen wir jetzt arbeiten und Arbeitsstunden aufwenden. Dieser Arbeitsstundenaufwand läßt sich auf 3,75 Milliarden jährlich schätzen.

2. Aus dem Verlust an Gebieten ergibt sich ein Verlust an Ersparnissen, der sich in einem Mehraufwand von einer Milliarde Arbeitsstunden ausdrückt.

3. Man schätzt auf Grund der Tatsache, daß für die Rohstoffe, die wir einst in unsern Grenzen hatten, und die wir jetzt mit der Ausfuhr oder Arbeit bezahlen müssen, den dadurch herbeigeführten Aufwand auf 0,83 Milliarden.

4. Aus der ungünstigen landwirtschaftlichen Flächengestaltung und der Verschlechterung des Düngemittelbezugs ergibt sich ein weiterer Mehraufwand von 1,82 Milliarden Arbeitsstunden.

5. Der Gegenwert der verlorenen Dienstleistungen (Schiffahrt, Außenhandel und Auslandbankverkehr) dürfte 1,66 Milliarden Arbeitsstunden betragen.

Weil aus den vorgenannten Hilfsquellen der Ertrag uns heute nicht mehr zufließt, müssen, so folgert Rathenau, fast ein Fünftel der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung Deutschlands, mehr als vier Millionen Menschen, Arbeit leisten, die früher nicht notwendig war. „Wenn also," so schloß dann Rathenau weiter, „bei anderen Nationen eine Arbeitslosigkeit erscheint, die bei uns nicht sichtbar ist, so möchte ich im Gegensatz dazu von einer unsichtbaren Arbeitslosigkeit sprechen, die darin besteht, daß 4 Millionen Menschen Arbeit leisten müssen, die früher nicht nötig war, und die das Arbeitsergebnis gegen früher nicht verbessert. Und zwar dies vor irgendeiner Zahlung von Wiederherstellungen. Von einer Aufspeicherung von Reichtümern kann mithin nicht die Rede sein."

Wenn aber so zu seiner eigenen Lebensfristung das deutsche Volk weit mehr arbeiten muß als früher, so muß die Reparationsleistung für das Ausland es um so härter treffen. Auch daraus ergibt sich die ganze Schwere der Last, die uns durch das Diktat von Versailles unter Verkennung der Gebote der wirtschaftlichen Vernunft aufgebürdet worden ist. Sp. K.

Neue Sanktionsdrohungen.

Drohrede Poincarés wegen der Petersdorfer Zwischenfälle.

In der französischen Kammer hatte man in diesen Tagen einmal wieder das böse Deutschland kräftig am Wickel. Poincaré und seine Freunde zeigten sich einmal wieder so recht in ihrer ganzen „Größe" und tobten sich nach Herzenslust in Beschimpfungen und Verdächtigungen Deutschlands und in Gewaltdrohungen aus.

Anlaß gaben hierzu zunächst die Vorfälle in Petersdorf in Oberschlesien, bei denen „harmlose französische Alpenjäger", die bekanntlich kein Wässerchen zu trüben imstande sind, von „bis an die Zähne bewaffneten deutschen Banden überfallen" wurden, wobei zwei der braven Franzosen ihr Leben lassen mußten. Warum es zu diesem Zwischenfall kam, daß die Franzosen die oberschlesische Bevölkerung, die sich doch wahrlich mehr als zuviel gefallen lassen muß, auf das blutigste gereizt und schikaniert hatten und daß von den Oberschlesiern, die sich gegen die Franzosen gewehrt hatten, mehrere getötet und eine ganze Anzahl verwundet wurden, davon spricht natürlich kein Franzose. Auch nicht der Abg. Bouteille — Bouteille heißt Flasche, Herr Bouteille scheint tatsächlich vor seiner Rede zu tief in die „Bouteille" geschaut zu haben — der über die Petersdorfer Zwischenfälle eine Interpellation in der Kammer einbrachte, in der er schärfste Sanktionen gegen Deutschland wegen des „Verbrechens" von Petersdorf forderte.

Herr Poincaré antwortete sofort und gab Herrn Bouteille in allem recht. Die armen Franzosen haben nach seiner Darstellung eine wahre Leidenszeit in Oberschlesien durchgemacht, und es ist überhaupt ein Wunder, daß sie nicht schon bis auf den letzten Mann von den „Boches" umgebracht worden sind. Die Oberschlesier selbst seien eigentlich gar nicht so schlimm, aber aus dem Reiche, besonders von der bösen deutschen Großindustrie würden sie beständig zu neuen Attentaten aufgeputscht und mit Geld und Waffen versehen. Die Reichsregierung stecke mit ihnen unter einer Decke, es sei also kein Wunder, daß ihre Untersuchung ein negatives Ergebnis hatte. Aber Le Rond ist auf der Hut. Seine Untersuchung geht weiter, und wenn er dann die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung festgestellt haben werde, werde der Botschafterrat

die notwendigen Sanktionen vorschlagen.

Die Kammer hatte daraufhin nichts Eiligeres zu tun, als Herrn Poincaré einstimmig ein von ihm gar nicht gefordertes Vertrauensvotum zu bewilligen.

Dann ging man zur Beratung des Sonderetats für die Wiederaufbau-Ausgaben über, wo man weiter Gelegenheit fand, auf die bösen Deutschen loszuschlagen. Alle die uralten, längst widerlegten

[...]

Parteitag fast durchweg Mitglieder der U. S. P., in deren Arme jetzt die Adolf Hoffmann, Geyer, Vater und Sohn usw. reumütig zurückkehren wollen.

° **Vor einer neuen Eisenbahntariferhöhung.** Berliner Blätter bringen eine bisher unbestätigte Nachricht, daß wahrscheinlich am 1. Mai d. Js. mit einer weiteren Erhöhung der Personentarife auf der Eisenbahn zu rechnen sei. Die Preiserhöhung soll 25 Prozent betragen. Entschlüsse lägen allerdings noch nicht vor. Zwar pflegen solche Nachrichten sofort nach ihrem ersten Auftauchen prompt dementiert zu werden, später hat sich bisher dann doch ihre Wahrheit herausgestellt. Hoffentlich geht es bei dieser Meldung nicht so, sondern möge sie sich als ein blinder Schreckschuß herausstellen.

° **Reichsgewerkschaft und Eisenbahner-Maßregelungen.** Der Gesamtvorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter hat sich in einer zweitätigen Sitzung in Berlin mit den Eisenbahnermaßregelungen befaßt. Nach teilweise sehr heftiger Debatte, in der die Gegensätze scharf aufeinanderprallten, wurde festgestellt, daß alle Delegierten einmütig der Meinung waren, daß die Streikmaßregelungen im Widerspruch stehen zu der Versprechungen, die der Reichskanzler Vertretern der Reichsgewerkschaft gegeben hat. Eine zur Klärung der Sachlage entsandte Abordnung wurde vom Reichskanzler im Kanzlerzimmer des Reichstages empfangen und erhielt Zusicherungen, die der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft für ausreichend erachtete, um weiter beruhigend auf die Mitgliedschaft wirken zu können. Der Vorstand betrachtet die Aktion jedoch erst dann als abgeschlossen, wenn die Frage der Maßregelungen endgültig befriedigend gelöst sein wird. Die Besprechung mit dem Kanzler sowie die an den Bericht in der Vorstandssitzung sich anschließende Aussprache waren vertraulich. Das Gerücht von der Gefahr eines neuen Streiks ist unzutreffend. —

Der Reichsfinanzminister hat seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Vorarbeiten für die Revision des Besoldungsgesetzes so zu fördern, daß die neuen Bestimmungen am 1. April 1922 in Kraft treten können.

Weitere unberechtigte Heraufsetzung der Zuckerpreise?

Berlin, 19. Februar. Wie aus einer Reichstagsanfrage hervorgeht, befaßt sich die Zuckerwirtschaftsstelle augenblicklich schon wieder mit einer weiteren Erhöhung der Zuckerpreise, welche 1,50 M. pro Pfund betragen soll. Dieser Preis würde eine Steigerung von 100 Prozent gegenüber dem November- und Dezemberpreis von 1921 bedeuten, trotzdem die gesamten Zuckerquantitäten damals schon hergestellt waren und seit Januar bei den Fabriken lagern.

Die Ueberteuerungszuschüsse der Beamten.

Berlin, 19. Februar. Amtlich wird mitgeteilt, die Bemessung der Wirtschaftsbeihilfen sei in Anlehnung an die den Arbeitern gewährten Ueberteuerungszuschüsse derart gedacht, daß für je 10 Pf. Ueberteuerungszuschuß eine jährliche Wirtschaftsbeihilfe von 250 Mark gegeben werde. Beispielsweise würde somit die Wirtschaftsbeihilfe in einem Orte, an dem die Arbeiter einen Ueberteuerungszuschuß von einer Mark pro Stunde erhalten, auf 10 mal 250 M., also 2500 M. bemessen werden.

Noch keine Beschlüsse der Reparationskommission.

Paris, 19. Februar. Den Meldungen einer Anzahl Pariser Blätter über angebliche Pläne und Besprechungen der Reparationskommission in der Frage der deutschen Zahlungen für 1921 gegenüber veröffentlicht die Kommission eine Mitteilung, in der sie betont. Seit die Kommission durch ihren Brief vom 30. Januar bei den Regierungen angefragt hat, ob die Frage der Zahlungen im Jahre 1922 von ihnen oder von der Kommission geregelt werden solle, hat sie zu keiner Zeit amtlich noch halbamtlich die Maßnahmen erörtert, die sie in letzterem Falle zu ergreifen hätte.

Eine bevorstehende allgemeine Amnestie.

Berlin, 19. Februar. Die Meldung, daß im Reichsjustizministerium der Entwurf eines Amnestiegesetzes für politische Vergehen ausgearbeitet werde, bestätigt sich. Es handelt sich um den Plan, hochverräterische Unternehmungen und im Zusammenhang mit solchen stehende Handlungen, soweit sie nach dem 4. August 1920, dem Tage des früheren Amnestiegesetzes begangen sind, straffrei zu lassen. Die Amnestie soll lediglich solche Straftaten umfassen, die zur Zuständigkeit von reichsgerichtlich eingesetzten Behörden gehören, die also von den Ausnahmegerichten oder vom Reichsgericht abgeurteilt sind oder bei letzterem noch schweben. Ein Eingriff in die Landesjustiz soll vermieden werden. Ausgenommen von der allgemeinen Amnestie sollen alle gemeinen Verbrechen sein.

Ein Dementi, das keines ist.

Berlin, 19. Februar. Zu der Meldung, daß zum 1. Mai d. J. mit einer weiteren Erhöhung der Personentarife der Eisenbahnen um mindestens 25 Proz. zu rechnen sei, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß „im Augenblick irgendwelche Beratungen über eine weitere Erhöhung der Personentarife nicht stattfänden". — Man kann von dieser sehr vorsichtigen Erklärung nicht sagen, daß sie irgendwie beruhigen kann.

° Berlin. Die schwebende Schuld des Reiches hat sich in der Zeit vom 1. bis 10. Februar weiter um 3,4 Milliarden erhöht.

° Berlin. Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstag nunmehr den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung zugehen lassen. In entscheidenden Punkten wird die Regierungsvorlage gegenüber den abweichenden Beschlüssen des Reichsrats aufrechterhalten.

° **Berlin.** Das Zollaufgeld, das bisher 3900 Proz. betrug, wird mit Wirkung vom 1. März d. J. ab bis auf weiteres auf 4400 Prozent erhöht.

° **Dresden.** Anläßlich des Besuches der Leipziger Messe, der voraussichtlich am 7. März stattfindet, wird der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld auch mit Ministerpräsident Buck in Dresden eine Besprechung haben.

Auslands-Rundschau.

— **Oesterreich unter Ententekontrolle.** Oesterreich hat jetzt die so lange erwarteten Kredite von der Entente erhalten, d. h., das Geld ist bewilligt, aber es ist noch nicht da. England gibt zwei Millionen Pfund, die dieser Tage eintreffen werden. Am 1. Juli will Italien 70 Millionen Lire zu dem Kredit beitragen und Frankreich will sich mit 55 Millionen Franken beteiligen, auch die Tschecho-Slowakei beteiligt sich. Alle diese Summen sind in Wahrheit aber nicht mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Für diese „großzügige Kredithilfe" muß Oesterreich fast keine ganze Finanzhoheit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119220221-15/fragment/page=0005